

in Deutschland

Thema der Woche

Ein klares Votum gegen die Linkskoalition

Der Wahlausgang der drei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland ist „ein klares Votum der Bevölkerung gegen die Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt“. Dies stellte der CDU-Bundesvorsitzende und frühere Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger unmittelbar nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse fest.

Kiesinger erklärte, in allen drei Ländern habe sich ein gemeinsamer Trend zugunsten der CDU gezeigt. Zwei Themen hätten den Ausschlag im Wahlkampf gegeben: die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. In beiden Bereichen hätten die Wähler der Bon-

ner Regierung eine klare Absage erteilt. Nach diesen Wahlen sei die Situation der CDU auch in Bonn sehr viel günstiger.

Im Deutschland-Union-Dienst stellte CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck fest, daß die Union „im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, jetzt wieder

die größte Partei“ sei, „sie hat ihre führende Rolle im Saarland noch ausbauen können und auch in Niedersachsen die Spitze nur knapp verfehlt.“ Wörtlich schreibt Dr. Heck: „Die Wähler haben damit bestätigt, daß die Union, die ja auch im Bundestag die stärkste Fraktion stellt, nach wie vor die solide politische Kraft in unserem Lande ist. Das sollte jene nachdenklich stimmen, für die es ausgemacht scheint, wie in Bonn nun auch in Düsseldorf die stärkste Partei zu umgehen.“

Wenn die Wahlen ihren Sinn behalten sollen, dann darf ihr Ergebnis nicht grundsätzlich durch zuvor getroffene Absprachen auf den Kopf gestellt werden. Das hieße, um mit Kühn zu sprechen, mit dem Kühn von 1966, eine mathematische Formel des Parlamentarismus nutzen und zugleich ein moralisches Debakel der Demokratie anrichten.“

Auch für die Bundesregierung enthalte das Ergebnis eine klare Aussage, meint Dr. Heck weiter: „Die Wähler erwarten, daß sie endlich den wirtschaftspolitischen Kurs verläßt, der zur Inflation führt, und daß sie die D-Mark wirkungsvoll vor weiterem Verlust schützt.“

Aber auch die Arroganz, mit der Herr Wehner die Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition in der Deutschland- und Ostpolitik aufgekündigt hat, hat in diesen Wahlen ihre Quittung erhalten. Die Regierung kann auch nicht mehr übersehen, daß unser Volk auf die undurchsichtige Art und Weise, mit der Bahr, Brandt und Scheel Deutschland- und Ostpolitik betreiben, kritisch reagierte.“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Dr. Rainer Barzel, erklärte zum Ausgang der Landtagswahlen, die ernststen Sorgen, die die CDU/CSU in den letzten Monaten zur Politik der Bundesregierung geäußert habe, seien von der Bevölkerung verstanden worden. „Sie hat den Ernst der politischen Lage erkannt und ein klares Votum abgegeben. Dadurch ist die Verantwortung für die CDU/CSU im Bund und in den Ländern noch größer geworden.“ Das Wahlergebnis habe im übrigen gezeigt, daß die Substanz der Union gestärkt worden sei.

HEUTE

Seite

Abbau der Spaltung	2
Die Verlierer der Wahl regieren weiter	4
Brandt will Moskau reichlich beschenken	5
Modell sinnvoller Raumordnung	7

In der neuesten Ausgabe des offiziellen DGB-Organs „Welt der Arbeit“ hat der Generalsekretär der CDU Dr. Bruno Heck festgestellt, daß es verkehrt wäre, nach den drei Landtagswahlen die FDP als „den fußkranken Partner der Koalition“ darzustellen.

Wörtlich erklärte Dr. Heck: „Es wäre verkehrt, nach diesen Wahlen die FDP als den fußkranken Partner der Koalition darzustellen und ihr Abschneiden so zu erklären. Die FDP hat als kleinerer Partner nur stärker zu spüren bekommen, was der ganzen Regierung zugebracht war.“

Immerhin hat die SPD in Nordrhein-Westfalen mehr an Prozenten verloren als die FDP, bei der dies alles nur viel deutlicher wird, da es sich am Abgrund der 5-Prozent-Klausel abspielt. Man wird abwarten müssen, ob das Ergebnis die FDP nachdenklich stimmen wird und zu welchen Ergebnissen sie dabei kommt.

Die Union sieht für sich keinen Grund, nun die Hände zufrieden in den Schoß zu legen, aber wir wissen immerhin, daß wir auf dem richtigen Wege sind.“

Das Ergebnis der Wahlen

Nordrhein-Westfalen

Wahl	CDU	SPD	FDP
B 1969	4 222,9 (43,6)	4 534,4 (46,8)	526,8 (5,4)
L 1966	3 653,2 (42,8)	4 226,6 (49,5)	633,8 (7,4)
L 1970	4 018,6 (46,3)	3 996,5 (46,1)	478,3 (5,5)
Sitze im neuen Landtag:	95	94	11
(1966)	(86)	(99)	(15)

Niedersachsen

Wahl	CDU	SPD	FDP
B 1969	1 854,5 (45,2)	1 797,4 (43,8)	230,4 (5,6)
L 1967	1 491,1 (41,7)	1 538,8 (43,1)	245,3 (6,9)
L 1970	1 769,7 (45,7)	1 790,0 (46,2)	169,3 (4,4)
Sitze im neuen Landtag:	74	75	—
(1967)	(63)	(65)	(7)

Saarland

Wahl	CDU	SPD	FDP/DPS
B 1969	292,9 (46,1)	253,5 (39,9)	42,2 (6,7)
L 1965	254,1 (42,7)	241,9 (40,7)	49,5 (8,3)
L 1970	308,0 (47,9)	262,4 (40,8)	28,1 (4,4)
Sitze im neuen Landtag:	27	23	—
(1965)	(25)	(21)	(4)

Erläuterungen: B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl, Zahlen in Klammern = Prozente, absolute Zahlen in 1000



**DIE
WOCHE
IM
BUNDES
TAG**

Der Bundestag hat in dieser Woche seine letzten Sitzungen vor der Sommerpause abgehalten. Im Mittelpunkt stand dabei die Verabschiedung des **Bundeshaushalts** und die Fortsetzung der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU zur **Deutschland-, Ost- und Europapolitik**.

In der Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU am 15. Juni wurde auch das Ergebnis der drei **Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Saarland** erörtert.

Die CDU/CSU-Fraktion betrachtet das Votum der Wähler als einen **Vertrauensbeweis** für die von ihr betriebene Politik. Sie ist der Auffassung, wie Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel es vor dem Vorstand ausdrückte, daß die Wähler den Ernst der Lage verstanden und die Sorgen, die die CDU/CSU zur **Ost- und Wirtschaftspolitik** der Bundesregierung geäußert hat, gebilligt haben. Dr. Barzel forderte die Bundesregierung auf, ihre **Ostpolitik** zu überprüfen und auf dem Gebiet der **Wirtschafts- und Konjunkturpolitik** endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

In der Fraktionssitzung der CDU/CSU, die am 16. Juni stattfand, forderte Dr. Barzel den Bundeskanzler auf, die unwahre Behauptung, die er in Bielefeld während des Wahlkampfes aufgestellt hatte, zurückzunehmen. Durch einen solchen Schritt könne er dazu beitragen, daß das Klima im Bundestag wieder sachlicher werde.

Ob das Plenum des Bundestages auch während der parlamentarischen Sommerpause zusammentreten wird, hängt davon ab, ob in der Zwischenzeit wichtige außenpolitische Schritte der Bundesregierung eine solche Maßnahme notwendig machen, oder ob die Bundesregierung auf Grund des Stabilitätsgesetzes Maßnahmen zur Verbesserung der Preissituation ergreift, zu denen der Bundestag dann Stellung nehmen müßte. Ob dies tatsächlich geschieht, läßt sich im Augenblick noch nicht überblicken.

In diesem Jahr wird der Bundestag bereits **Mitte September** wieder zusammentreten, zwei Wochen früher als es in den vorangegangenen Jahren der Fall war.

Deutschlandpolitik

Abbau der Spaltung

Am 17. Juni, dem Tag der deutschen Einheit, wurde im Bundestag über die Wiedervereinigung und Möglichkeiten diskutiert, die Belastungen, die sich aus der deutschen Teilung für die Menschen hüben und drüben ergeben, zu mildern. Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere gesamtdeutsche Minister, Dr. Gradl, hat der Öffentlichkeit die Vorstellungen der Union zur Lösung der deutschen Frage in neun Punkten erläutert.

■ Neben der Sicherung des Friedens und der Wahrung der freiheitlich-sozialen Ordnung der Bundesrepublik ist die Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes Hauptaufgabe demokratischer deutscher Politik. Zur Selbstbestimmung gehört die freie Entscheidung der Deutschen darüber, ob sie in einer staatlichen Gemeinschaft leben wollen.

■ Die gemeinsame Verpflichtung der drei Westmächte und der Bundesrepublik im Deutschlandvertrag auf die Verwirklichung eines wiedervereinigten Deutschlands mit einer freiheitlichen demokratischen Verfassung darf nicht ausgehöhlt oder gar aufgegeben werden. Sie ist ein Grundelement des westlichen Bündnisses.

■ Bis zur ungeschmälerten Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes muß — ohne dieses Recht ausdrücklich oder stillschweigend, direkt oder indirekt aufzugeben — versucht werden, mit der östlichen Umwelt und dem anderen Teil Deutschlands Beziehungen und Regelungen zu entwickeln, die die Last der Teilung abbauen und den Weg zur Selbstbestimmung zu erleichtern vermögen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der Spaltung Deutschlands ist ausgeschlossen; hier liegt die unüberschreitbare Grenze für jede Regelung.

■ Verhandlungen mit der Sowjetunion und anderen Teilnehmern des Warschauer Paktes, um nützliche, dem Frieden dienliche Beziehungen auf der Basis vorbehaltlosen Gewaltverzichts zu schaffen, werden unterstützt. Sie sind ohne Hast mit sachlicher Solidität zu führen und so, daß im Ergebnis Spannungen nicht verfestigt oder gar vergrößert, sondern beseitigt werden.

■ Im Verhältnis der beiden Teile Deutschlands ist Drohung und Anwendung von Gewalt auszuschließen. Bis zur Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes werden die beiderseitigen politischen Einrichtungen respektiert, ohne daß dadurch die Freiheit friedlicher politischer Kritik berührt wird. Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Verantwortlichen in Ost-Berlin sind erforderlich.

Maßstab aller Aktivitäten und Regelungen ist, ob für die Deutschen beiderseits der Trennungslinie die menschliche Last der Spaltung erleichtert und eine Kommunikation und Kooperation erreicht wird, die sich für Angehörige eines Volkes und Teile eines Landes gehört.

■ Alles muß getan werden, um die Freiheit der Verbindungswege, die demokratische Ordnung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freien Berlin zu gewährleisten. Jeder Versuch, die in Jahrzehnten

gewachsene Verbundenheit des freien Berlin mit der Bundesrepublik zu schwächen, ist abzuweisen. Die Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion über Berlin sind Prüfstein sowjetischen Entspannungswillens. Fortschritte in der Berlin-Frage sind Voraussetzung für vertragliche Regelungen mit der Sowjetunion.

■ Die völkerrechtlich verbindliche, endgültige Festlegung von Grenzen ist die klassische Aufgabe eines Friedensvertrages. So haben sich auch die Siegermächte im Potsdamer Abkommen entschlossen. Dem polnischen Volk, dessen Wunsch nach gesicherten Grenzen wir verstehen, kann — und zwar in Übereinstimmung mit den vertriebenen Ostdeutschen — die verbindliche Gewähr gegeben werden, daß nicht einmal der Gedanke gewaltsamer Änderung der Oder-Neiße-Linie für demokratische deutsche Politik in Frage kommt.

Der Zukunft ist es aufgegeben, in einer über die heutigen politischen und weltanschaulichen Gegensätze hinwegwachsenden größeren europäischen Gemeinschaft Grenzen den Charakter des Trennenden zu nehmen.

■ Erleichterungen und schließliche Lösungen der deutschen Frage sind nur in Verbindung mit einem Abbau des Ost-West-Gegensatzes zu erhoffen. Auch aus diesem Grunde muß die Bundesrepublik alles unterstützen und fördern, was politisch, wirtschaftlich und sicherheitsmäßig den Graben der europäischen Ost-West-Spaltung überbrücken helfen kann.

■ Eine fortschreitende freiheitlich-soziale Entwicklung in der Bundesrepublik und tatkräftige Anstrengungen der Bundesrepublik für den Auf- und Ausbau der Europäischen Gemeinschaften zum europäischen Bundesstaat hin können wirksame und anziehende Vorbilder schaffen. Auch auf diese Weise kann innerdeutsche und innereuropäische Annäherung gefördert werden.

Minister Jahn — ein eifriger FDP-Killer

Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) dürfte mit ein Hauptverantwortlicher sein, sollte die hessische FDP wegen eines Kabinettsstücks am 8. November auch aus dem Wiesbadener Landtag hinauskatapultiert werden.

Denn Jahn war der Initiator für ein „politisches Gaunerstück“, das sich in Marburg ereignet hatte (siehe UiD 22/70 vom 4. Juni) und durch das der linksradikale SPD-Dozent Hanno Drechsler (39), Schüler des Marxisten Prof. Wolfgang Abendroth, auf den Sessel des Marburger Oberbürgermeisters gehievt wurde.

Wortbruch, Unzuverlässigkeit, diese „Prädikate“ muß sich die inzwischen gespaltene FDP-Stadtverord-

netenfraktion gefallen lassen, seit sie den erst am 28. Februar 1970 zum Stadtoberhaupt gewählten populären CDU-Politiker Walter Wallmann im Handstreich zusammen mit der SPD stürzte.

FDP-Kreisvorsitzender Günter Schernbeck ist inzwischen zurückgetreten, drei der sechs FDP-Stadtverordneten, die den hessischen „Schwabenstreich“ nicht mitmachen, drohen mit Parteiaustritt. Die gesamte FDP von Hessen befürchtet nun, daß sich das Marburger Husarenstück bei den Landtagswahlen nachteilig für die Partei auswirken wird.

Froh kann Hanno Drechsler über seine Wahl freilich nicht werden: Er verfügt in der Stadtverordnetenversammlung über 20 Sitze gegenüber 17 der Opposition. Seine drei FDP-Hospitanten gelten nämlich in ihrer Partei als Opportunisten.

Im Huckepack-Verfahren die Hürde genommen

Der Essener CDU-Landtagsabgeordnete Grosse, der während des nordrhein-westfälischen Wahlkampfes behauptet hatte, die SPD habe treue Mitglieder aufgefordert, FDP zu wählen, um im Huckepack-Verfahren den kleinen Koalitionspartner — und die Bonner Linkskoalition — doch noch zu retten, sieht seine Behauptung jetzt bestätigt.

Der linke „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Tag nach der Wahl über das Ergebnis von Köln, wo sich die FDP überraschend von 6,6 auf 8 Prozent verbessern konnte: „Ganz offensichtlich haben die Kölner die FDP bewußt gestärkt — und sei es auch auf Kosten der SPD — um die Bonner Regierungskoalition nicht zu gefährden.“ Die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“ sagte es noch deutlicher: „Nur eine brüderliche Stützungsaktion“ habe die FDP gerettet.

Nordrhein-Westfalen

Der Sieger heißt Köppler

Die von Heinrich Köppler geführte CDU ist der eindeutige Sieger der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Das fast an einen „Erdrutsch“ heranreichende Ergebnis brachte die CDU wieder auf den ersten Platz. Insgesamt konnte die CDU an Rhein und Ruhr 46,3 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen, das sind 3,5 Prozent mehr als bei den Landtagswahlen 1966, bei denen die CDU auf den zweiten Platz abrutschte.

Die Sozialdemokraten, denen es vor vier Jahren gelang, 49,5 Prozent aller Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, waren jetzt mit 46,1 Prozent neben ihrem Koalitionspartner von der FDP die eindeutigen Verlierer.

Die Freien Demokraten, die auch an Rhein und Ruhr seit Jahren am Rande des Existenzminimums da-

hinvegetieren, konnten gerade noch die Fünf-Prozent-Klausel überschreiten. Ein halbes Prozent rettete sie vor dem politischen Tod.

Bestürzend für die SPD ist die Tatsache, daß sie sich selbst nicht mehr in ihren „roten Hochburgen“ sicher fühlen kann. An der Ruhr, wo die SPD stets einen sicheren Stamm von Wählern fand, waren ihre Verluste am größten. So ging ihr Anteil in Gelsenkirchen um 5,9, in Bottrop um 6 und in Watten-scheid sogar um 6,8 Prozent zurück.

Der CDU gelang es, ihre größten Stimmengewinne in den Städten entlang der Wupper und dem Rhein zu erzielen. Insgesamt konnte die CDU 14 Wahlkreise zurückgewinnen, die 1966 an die SPD gefallen waren. Ihre größten Erfolge konnte die

CDU in Wuppertal, Solingen, Remscheid, Düsseldorf, Neuß, Rheydt, Mönchengladbach, Krefeld und Erkelenz erzielen. In Düsseldorf, wo die SPD 1966 alle sechs Direktmandate erobert hatte, mußte sie jetzt wieder drei an die CDU zurückgeben.

Die FDP konnte ihren Stimmenanteil von 1966 halten. Dieses Ergebnis wurde aber hauptsächlich durch die Wähler in Köln erreicht, wo die FDP sich auf 8 Prozent steigern konnte. Es wird wohl mit einiger Berechtigung vermutet, daß es SPD-Wähler waren, die in Köln für die FDP stimmten, um den Bestand der Koalition in Düsseldorf und Bonn zu retten. Denn es steht fest, daß die FDP sogar in ihren liberalen Hochburgen einen Vertrauensschwund zu verzeichnen hat.

Als Ergebnis dieser Wahlen wird die CDU mit 95 Abgeordneten wieder stärkste Fraktion im Landtag sein, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten mit 94 Abgeordneten. Die FDP wird 11 Abgeordnete in den neuen Landtag schicken.

Niedersachsen

Mehrheit knapp verfehlt

So mancher in Bund und Land wird das knappe Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl bedauern haben. Der hauchdünne Vorsprung der Sozialdemokraten mit 75 Landtagssitzen gegenüber 74 der CDU bedeutet für die SPD in Zukunft einen mehr als riskanten Balanceakt. Permanente Unsicherheit wird das sichtbarste Kennzeichen der neuen Landesregierung sein.

Für die CDU waren die Wahlen in Niedersachsen eine erste große Bewährung des einheitlichen Landesverbandes und seines Spitzenkandidaten, Wilfried Hasselmann. Das Ergebnis hat die Erwartungen vollauf erfüllt. Die CDU konnte sich

gegenüber den Landtagswahlen von 1967 um genau vier Prozent steigern. Damals erreichte sie 41,7 Prozent, am Sonntag 45,7 Prozent.

Die niedersächsische SPD kam am 14. Juni auf 46,2 Prozent aller Wählerstimmen, vor drei Jahren hatte sie 43,1 Prozent erzielt. Die Sozialdemokraten konnten sich vornehmlich in den großen Städten behaupten und zu stärkeren Gewinnen als die CDU kommen. Dafür gaben sie sieben Wahlkreise an die CDU ab: die städtischen Wahlkreise Wolfsburg und Lüneburg und die Wahlkreise Fallingb., Nienburg, Bevensen, Leer-Borkum und Wittmund.

Eindeutige Verlierer waren bei einer Wahlbeteiligung von 76,7 Prozent gegenüber 75,8 im Jahre 1967 die FDP und die NPD. Die FDP brachte es nur noch auf 4,4 Prozent, die NPD auf 3,2 Prozent der Stimmen. Die FDP, die nun – wie auch die NPD – nicht mehr im Landtag vertreten ist, büßte im Durchschnitt ein Drittel ihrer Stimmen ein; in ihren Hochburgen, wie beispielsweise Ammerland, bewegte sie sich mit Verlusten über 50 Prozent noch krasser abwärts. Die Einbußen der Freien Demokraten verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf Stadt und Land.

Die Wahlen zum 7. Niedersächsischen Landtag haben in 11 von 95 Wahlkreisen einen Kandidatenwechsel gebracht. Die SPD konnte von den 95 Wahlkreisen 55 (1967: 58) Wahlkreise, die CDU 40 (34) erobern, während die CDU über die Landesliste zu 34 (20) und die SPD zu 20 (8) Mandaten kam.

Saarland

CDU klettert nach oben

Mit zwei Ereignissen hat man an der Saar ganz bestimmt nicht gerechnet: daß die FDP Abschied vom Landtag nehmen muß und die CDU die absolute Mehrheit erringt. Wenn man ein Fazit aus dem Wahlergebnis an der Saar ziehen will, dann kann es wohl nur lauten: Die saarländische Bevölkerung, die zu 83,44 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch machte, stimmte gegen die Wirtschafts- und Ostpolitik der Bonner Linkscoalition und für die bisherige erfolgreiche Landespolitik unter der Führung von Ministerpräsident Dr. Franz Röder. Es war sozusagen eine „Sowohl-Als-auch-Wahl“.

In keinem Bundesland hat sich die CDU so kontinuierlich nach oben gearbeitet wie gerade in dem erst 1955 zur Bundesrepublik zurückgekehrten Saarland: 1955 errang sie 14 Mandate, 1960 bereits 19, 1965 waren es 23 und nun sind es 27 Mandate in dem aus 50 Abgeordneten zusammengesetzten Landtag. Während die SPD ihren Besitzstand nur um 0,1 Prozent auf 40,8 Prozent vermehren konnte, schaffte die CDU gleich 5,2 Prozent mehr und stieg von 42,7 auf 47,9 Prozent. Die FDP, die vor fünf Jahren noch 8,3 Prozent erhielt, wurde fast halbiert und erreichte nur noch 4,4 Prozent von 643 858 gültigen Stimmen.

Die Enttäuschung ist natürlich besonders bei der FDP sehr groß, die in der letzten Legislaturperiode mit der CDU eine Koalition gebildet hatte und die einst 1955 bei der ersten Landtagswahl mit 24,2 Prozent nur knapp hinter der CDU mit 25,4 Prozent und noch vor der SPD mit 20,1 Prozent lag. So kontinuierlich sich die CDU im Laufe von 15 Jahren nach oben schwang, so kontinuierlich baute die FDP durch ihre Zerrissenheit im eigenen Lager im gleichen Zeitraum ab.

Der FDP-Landesvorsitzende, Wirtschaftsminister Dr. Reinhard Koch, führt denn auch das Ausscheiden seiner Partei aus dem Landtag auf die Wirtschafts- und Ostpolitik der Bonner Regierung zurück und auf den Umstand, daß er sich nicht klar für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aussprechen durfte.

PERSONALIEN

Der bekannte Trainer – z. Z. bei Schalke 04 – **Rudi Gutendorf** wird im Bundesfach-Ausschuß Sport der CDU mitarbeiten. Gutendorf erklärte vor kurzem in einem Gespräch mit Bundestagspräsident **Kai-Uwe von Hassel**, daß er sich aufgrund seiner Erfahrungen besonders für eine verstärkte Einbeziehung des Sports in die Entwicklungshilfe einsetzen werde. Gutendorf war längere Zeit Staatstrainer in Tunesien.

Die Goldmedaillengewinnerin von Mexico im Fünfkampf, Frau **Ingrid Mickler-Becker**, hat sich ebenfalls zur Mitarbeit im Bundesfachausschuß Sport der CDU entschlossen. Frau Mickler-Becker, die im vergangenen Jahr in Mainz ihr Sportstudium begann, hat bereits an einer Sitzung des Ausschusses teilgenommen.

*

Der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU – Bundestagsfraktion empfängt unter Vorsitz von **Heinrich Gewandt** in der Zeit vom 16. Juni bis 19. Juni 1970 eine Delegation des Österreichischen Wirtschaftsbundes unter Vorsitz von Landesrat Anton Peltzmann/MdL, dem Minister für Wirtschaft des Landes Steiermark. Die 6köpfige Delegation will sich über Zielsetzung, Methoden und Erfolge der Mittelstandsarbeit der CDU/CSU informieren. An einem Mittagessen für die österreichischen Gäste wird auch Bundesminister a. D. Dr. **Kurt Schmücker** teilnehmen.

*

Am 23. Juni wollen die **CDU-Bundestagsabgeordneten Pieroth und Vogt** für drei Tage nach Moskau reisen, um sich über Wirtschaftsfragen zu informieren. Dabei sollen auch Gespräche mit Funktionären der Staatsgewerkschaft geführt werden.

*

Heinrich Köppler hat den Auftrag gegeben, als Ersatz für die in Mexico ausgegangenen Wimpel für die deutschen Schlachtenbummler mit dem Aufdruck „Alemania“ und den Namen der deutschen Spieler sofort 1000 Stück neu anfertigen zu lassen. Uwe Seeler wird die Verteilung übernehmen.

*

Der **CSU-Landtagsabgeordnete Karl Schäfer** wurde wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden des bayerischen Landessportverbandes gewählt.

*

Der CSU-Kreisverband Forchheim-Land hat einstimmig beschlossen, den Bundestagsabgeordneten **von Guttenberg** zum Ehrenmitglied zu ernennen.

AKTUELL

Von linken Fernsehjournalisten jahrelang hofiert, durfte sie vor zwei Jahren in einer Kogon-Fernseh-Diskussion ungestraft vor Millionen Zuschauern Gewalt und Mord predigen. Jetzt wird sie von der Berliner Polizei und von Interpol steckbrieflich gesucht: Ulrike Meinhof (36), Stieftochter der DFU-Gründerin Renate Riemeck und Ex-Ehefrau von Klaus Rainer Röhl, Herausgeber des linken Porno-Magazins „konkret“.

Darf man einem Hamburger Nachrichtenmagazin Glauben schenken, dann hat sie noch ihr „politisches Testament“ kurz vor ihrer Flucht mit Hilfe von „DDR“-Behörden in den Nahen Osten auf Tonband gesprochen. Das liest sich dann so:

„Das ist ein Problem, und wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“

In Begleitung von Ulrike Meinhof befindet sich auch der Berliner APO-Anwalt Horst Mahler, sowie die rechtskräftig verurteilten Kaufhaus-Brandstifter Andreas Baader und Gudrun Enßlin — „Repräsentanten“ der deutschen Linken.

Das Urteil der deutschen Presse

Die Verlierer der Wahl regieren weiter

„CDU gewann die Landtagswahlen“ („Kölnische Rundschau“), „FDP zweimal gescheitert — Deutlicher SPD-Rückschlag“ („Frankfurter Rundschau“), „CDU ist der große Gewinner“ („Die Welt“), „FDP der große Verlierer — Rückschläge der SPD“ („Rheinische Post“). Das sind nur einige der Schlagzeilen aus der deutschen Presse zur „kleinen Bundestagswahl“ vom Sonntag, die von der Linkskoalition (SPD/FDP) noch am Samstag letzter Woche als Testwahl für die Richtigkeit der Brandt'schen Außenpolitik bezeichnet wurde.

Sogar der linksstehende „Kölnischer Stadt-Anzeiger“ mußte in seinem ersten Kommentar einräumen: „Die Verluste der Sozialdemokratischen Partei im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen bei 3,5 Prozent. Wenn auch die Sitzverteilung im Düsseldorfer Parlament die Fortsetzung der bisherigen Koalition durchaus ermöglicht, so kann niemand die Niederlage der SPD verkleinern und den erheblichen Erfolg der CDU hinwegreden.“

Und so wie die **Bildzeitung** von einem „Warnschuß für Brandts Politik“ spricht, so räumen fast übereinstimmend die deutschen Zeitungen ein, daß Brandt und Scheel die großen Verlierer dieser drei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland sind.

Der Bonner „General-Anzeiger“ sieht die Vermutung von Bundeskanzler Brandt „erschüttert“, seine Politik werde von einem größeren Kreis der Bevölkerung akzeptiert und unterstützt als dies durch die Zusammensetzung der Fraktionsstärken im Deutschen Bundestag zum Ausdruck komme. Die Zeitung schreibt wörtlich: „Von Neuwahlen werden SPD und FDP wohl vorerst gemeinsam nichts mehr wissen wollen. Der vielberufene Genosse Trend ist zur Abwechslung als Verbündeter zur CDU übergelaufen.“

Der „General-Anzeiger“ weist auf die Entwicklung zum Zwei-Parteien-System hin und meint zu dem Überleben der NRW-FDP mit einem halben Prozent: „Mit dem Überleben

der FDP in Düsseldorf aber rettete Willy Weyer zunächst die nach dem gleichen Muster gebildete Bundesregierung. Daß sie nach den Landtagswahlen stabiler geworden sei, wird freilich niemand behaupten können.“

Die FDP stünde nun vollends vor einem Fiasko, erklärt die Düsseldorfer „Rheinische Post“. Sie sei nach Hinwendung Scheels zu Heineemann und Brandt in zwei weiteren Bundesländern „parlamentarisch dahingesiecht“. Wörtlich: „Heinz Kühn lag mit seinem Zweckoptimismus der die SPD schon über der Traugrenze der absoluten Mehrheit sah, völlig daneben.“ Die Zeitung fährt fort: „Ohne Zweifel: Die Düsseldorfer Koalition Kühn — Weyer ist eine Koalition der Verlierer, die sich jedoch wahrscheinlich mit bissigem Trotz erneut zusammenschließen werden. ... Die großen Verlierer im Hintergrund sind damit Brandt und Scheel.“ Und weiter: „... auch das Schrumpfen der FDP, zumal in Niedersachsen und im Saarland, wird nicht überwiegend auf die dortigen Landespolitiker zurückzuführen sein, sondern auf Scheel.“

Gerechte Quittung für Linkskoalition

Von einer „klaren Niederlage für die derzeitige Bundesregierung“ spricht die „Kölnische Rundschau“, die der FDP eine „Zerreißprobe“ prophezeit und wörtlich erklärt: „Noch stehen die Wahlen in Hessen und Bayern aus. Wird sich bei diesen Landtagswahlen der Prozeß der Selbstauflösung dieser Partei fortsetzen, dann kann eine andere Entwicklung einsetzen.“ (In bezug auf die Zusammensetzung der jetzigen Bundesregierung.)

Selbst Jens Feddersen, Chefredakteur der „Neuen Ruhr-Zeitung“ (SPD), hegt keinen Zweifel: „... hier haben Bonn und das Gesamt-

image der Partei die entscheidende Rolle gespielt. Das Stichwort heißt Ostpolitik, aber auch die Wirtschaftspolitik hat ihren Niederschlag gefunden, und der ‚Sozialistenschrecken‘ von Saarbrücken hat ebenfalls gewirkt, Wähler sind zurückgekehrt, die die SPD gewählt hatten, ... eher deshalb, weil Teile der SPD die Wähler des Bürgerlagers erschreckt haben...“

Die Hamburger „Welt“ spricht ebenfalls von einem Rückschlag für die Bonner Regierungskoalition „und für die SPD in NRW in besonderem, ein neues Alarmsignal für die FDP und ein klarer Erfolg für die CDU... die SPD wird es mit der CDU-Opposition in Bonn, Düsseldorf und Hannover schwerer haben als bisher.“

„Über Bonn, man kann es getrost sagen, nebelt ein ziemlicher Mief. Es wäre gut, wenn die Ergebnisse des gestrigen Wahlsonntags ihn wegblasen könnten“, so der „Münchener Merkur.“ Die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“: „In die Reihen der FDP fährt Existenzangst ein. Nur mit knapper Not konnten die Liberalen gerade noch in Nordrhein-Westfalen ihre Felle vor dem Davonschwimmen retten. ... Die FDP ist auf dem besten Wege, ihren Gesundschumpungsprozeß im Schatten des ‚roten Bruders‘ bis zum Exitus zu betreiben. Und nur eine brüderliche Unterstützungskaktion seitens des Koalitionspartners in Nordrhein-Westfalen bewahrte die FDP vor dem saarländischen und niedersächsischen Schicksal, verhin-derte darüber hinaus ein CDU-Kabinett an Rhein und Ruhr.“

Der „Wiesbadener Kurier“: „Dennoch auch die Ergebnisse, die seine eigene Partei in den drei Ländern erzielen konnte (gemeint ist Brandt) sind nicht so überzeugend, daß man einen Sieg herauslesen könnte.“

Fernsehen, Funk, Film

Der Bundestag ist seit dem vergangenen Herbst, also seit dem Zeitpunkt, in dem die Große Koalition zu Ende ging, wieder eine Stätte lebhafter und engagierter Auseinandersetzungen geworden. Manche Beobachter sprechen davon, daß die Härte der Konfrontation im Parlament Formen angenommen habe, die an die 50er Jahre erinnerten. Gelegentlich gibt es auch Szenen, die mehr an den Sächsischen Landtag erinnern. Beide Fernsehsysteme sind nach und nach dazu übergegangen, diese Parlamentsschlachten live aus dem Bundeshaus zu übertragen und meistens auch abends noch Ausschnittsendungen zu bringen. Bisher hatte man keinen eindeutigen Überblick über die Resonanz, die diese Sendungen in der Bevölkerung finden. Nunmehr liegt eine Repräsentativerhebung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg vor.

Diese Erhebung galt der Fragestellung, ob man sich Debatten aus dem Bundestag im Fernsehen ansehe. Das Ergebnis dieser Untersuchung beweist, daß in der Öffentlichkeit ein starkes Interesse an Fernsehübertragungen von Bundestagsdebatten besteht. Insgesamt werden diese Sendungen von 65 Prozent der Bevölkerung beachtet, während 31 Prozent sie nicht beachten und 4 Pro-

zent keine Angaben machen. Es ist interessant, sich die Aufschlüsselung dieses Gesamtergebnisses nach soziologischen Gruppen anzusehen. (Im „tv-Archiv“ heißen sie „sozialistische Gruppen“; der Druckfehlerteufel wußte vielleicht, daß das Infastitut der SPD nahe steht.)

Auffällig ist, daß das Interesse mit dem Bildungsgrad zunimmt. Mitbürger mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium schalten ihr Gerät zu 88 Prozent ein, während es bei Volksschülern nur 52 bzw. 66 Prozent sind, je nach dem, ob sie eine Lehre absolviert haben oder nicht. Männer sind wesentlich interessierter als Frauen (77 gegenüber 53 Prozent), Leser politischer Wochenblätter interessierter als regelmäßige Tageszeitungsleser (77 Prozent gegenüber 68 Prozent). 90 Prozent aller Mitglieder politischer Parteien sehen sich die Übertragungen an. Mitbürger, die nicht Mitglied einer Partei sind, aber sich als beitragswillig bezeichnen, sind zu 76 Prozent interessiert. Es wäre allerdings sicher keine korrekte Schlußfolgerung, wollte man daraus ableiten, daß 76 Prozent der Bevölkerung in eine Partei eintreten wollen. Aber vielleicht vergrößert sich auch dieser Prozentsatz, wenn die Debatten so lebhaft bleiben wie bisher und wenn sie weiter auf so viel Interesse und Aufmerksamkeit stoßen.

ohg.

Ostpolitik

Brandt will Moskau reichlich beschenken

Wenn erst einmal der Wortlaut des Bahr-Vertrages über den Gewaltverzicht vorliege, so Klaus Mehnert vorige Woche in „Christ und Welt“, „werden wir ihn nicht daran messen, was in der Hitze des Wahlkampfes die eine oder andere Seite über ihn sagte; auch nicht daran, ob der Kanzler, unter dem die Verhandlungen geführt werden, dieser oder jener Partei angehört“, sondern daran, ob er, „was an unseren Wünschen unverzichtbar ist, sichert oder nicht“.

Unverzichtbar für Mehnert sind:

- Berlin — das ist klar: Freiheit, Lebensfähigkeit, sichere Zugangswege für Westberlin sowie seine Verbundenheit mit der Bundesrepublik müssen gesichert sein.

- Gesamtdeutsche Option: das Recht der Deutschen, sich eine Wiedervereinigung zu wünschen und mit friedlichen Mitteln auf sie hinzuwirken.

- Unanwendbarkeit der Artikel 53 und 107 der UN-Satzung (Feind-Staaten-Klausel), die den Sowjets ohne Zustimmung des UN-Sicher-

unten) klar und eindeutig garantiert. Die linksgerichtete Wochenzeitung „Die Zeit“ folgerichtig: „Und sie (die Bundesregierung) hat zum anderen nicht gewagt, ihre Politik von vornherein offen darzulegen. Von Woche zu Woche erfuh man neue Definitionen, Auslegungen und Tatbestände.“

Die Bundesregierung, die „sehr laut, sehr spektakulär, sehr showhaft“, (so Ex-Außenminister Gerhard Schröder) ihre Ostpolitik betreibt, legt „immer groteskere Formen“ (so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Olaf von Wrangel) an den Tag: Noch vor den Landtagswahlen wollte Außenminister Walter Scheel (aus wahltaktischen Gründen) die Vertragsunterzeichnung vornehmen.

Im Kabinett zählen inzwischen die Minister Genscher und Ertl (beide FDP) und Helmut Schmidt (SPD) zu den Opponenten der Brandt'schen

Heinemann durch die Hintertür

Scharfe Kritik am Verhalten von Bundespräsident Gustav Heinemann übte der CDU-Landesvorstand von Niedersachsen. Dr. Heinemann, der am Wahlsonntag zu einer Zeit, als die ersten Hochrechnungen liefen und die Misere der SPD ankündigten, der SPD in Düsseldorf einen Besuch abstattete, habe damit nach Ansicht der niedersächsischen CDU gezeigt, daß er nicht über den Parteien stehe, wie es Amt und Würde des Bundespräsidenten erforderten und wie es seine beiden Vorgänger taten.

In Journalistenkreisen, so schreiben Düsseldorfer Zeitungen zu diesem wohl bisher einzigartigen Fall eines Bundespräsidenten, fiel vor allem auf, mit welcher Heimlichkeit Heinemann die Staatskanzlei aufsuchte. Er fuhr mit seinem Dienstwagen vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Kühn vor, ließ den ihn begleitenden Bundesratsminister Posser aussteigen, fuhr weiter, um durch die „Kalte Küche“ und über eine Nebentreppe in die erste Etage der Staatskanzlei zu gelangen. Posser erzählte inzwischen, Heinemann sei weitergefahren.

heitsrates das Recht einräumen, die Bundesrepublik militärisch zu besetzen.

- Die bestehenden Verträge zwischen uns und dritten Staaten dürfen durch ein Abkommen mit Moskau nicht beeinträchtigt werden, so z. B. der Deutschlandvertrag.

Keine dieser vier „Unverzichtbaren“ sind im Bahr-Papier (Text siehe

Das Bahr-Papier

Wie eine Bombe schlug in Bonn die wörtliche Veröffentlichung des sogenannten Bahr-Papiers durch das Massenblatt „Bild“ ein, den wir nachfolgend abdrucken. Außenminister Scheel hat inzwischen in seinem Ministerium eine Untersuchung einleiten lassen, ob die Indiskretion aus seinem Ministerium stammt.

Artikel 1

Die beiden vertragschließenden Parteien betrachten es als ihr gemeinsames Ziel, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.

Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa zu fördern und gehen hierbei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage und der Entwicklung friedlicher Beziehungen auf dieser Grundlage zwischen allen europäischen Staaten aus.

Artikel 2

Die beiden vertragschließenden Parteien werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und internationalen Sicherheit von den Zielen und

Ostpolitik; in der SPD-Fraktion sind es 16 MdB, in der FDP mindestens sechs. Angesichts dieser Situation verfiel Herbert Wehner auf die Idee, Neuwahlen zu propagieren, um sämtliche Abweichler in der SPD und FDP auf Vordermann zu bringen. Dabei nahm Wehner bewußt den Vorwurf in Kauf, Bundespräsident Heinemann manipulieren zu wollen, denn nur wenn sich Heinemann am „Rande der Legalität“ bewegt, also einen Wehnerschen Taschenspielertrick mitmachen würde, könnten — bei der heutigen Situation — Neuwahlen durchgeführt werden.

Daß die widersprüchlichen Äußerungen der Bundesregierung inzwischen hysterische Züge annehmen, ist auf vier Umstände zurückzuführen:

- die verlorenen Landtagswahlen, die Brandt seine Außenpolitik bestätigen sollten und sie stattdessen mißbilligten;

- das steigende Mißtrauen der drei westlichen Verbündeten gegen die Ostpolitik, die Brandt warnten, Moskau gegenüber keine Vorleistungen zu erbringen und Grenzregelungen einem Gesamt-Friedensvertrag zu überlassen, wie dies der Deutschland-Vertrag vorsieht;

- das neueste Gutachten von Verfassungsrechtlern, wonach der Moskauer Bahr-Vertrag mit dem Grundgesetz in einzelnen Punkten nicht vereinbar ist;

- der immer stärker werdende Widerstand der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die mit legalen Mitteln die Brandt'sche Ostpolitik bekämpfen und gleichzeitig zur Aussöhnung mit dem Osten aufrufen.

Prinzipien, die in der Satzung der UN niedergelegt sind, leiten lassen.

Artikel 3

Die beiden vertragschließenden Parteien stimmen in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur aufrechterhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet. Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten.

Sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegeneinander haben und solche auch nicht erheben werden.

Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze Polens bildet, und (ausschließlich) der Grenze zwischen der DDR und der BRD.

Artikel 4

Das Abkommen zwischen der BRD und der UdSSR berührt nicht die früher geschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Abkommen beider Seiten.

POLITISCHES LEXIKON

Deutschlandvertrag: Am 23. Oktober 1954 wurde er in Paris zwischen der Bundesrepublik einerseits und den USA, Großbritannien und Frankreich andererseits als Generalvertrag über die Beendigung des Besatzungsregimes abgeschlossen. Den drei Westmächten blieben dabei ausdrücklich ihre Rechte und ihre Verantwortung für Berlin vorbehalten. Als künftiges Ziel legte der Vertrag eine Politik der Unterzeichner für eine frei zu vereinbarenden Friedensregelung mit ganz Deutschland fest. Bis zu dieser Regelung sollte auch die endgültige Fixierung der deutschen Grenzen aufgeschoben werden. Die im Deutschlandvertrag enthaltenen sogenannten alliierten Vorbehaltsrechte sind im Jahre 1968 durch das Inkrafttreten der Notstandsverfassung in der Bundesrepublik erloschen.

Fünf-Prozent-Klausel: Sie ist eine Sperrklausel gegen Splitterparteien und im Bundeswahlgesetz sowie in allen Landeswahlgesetzen — Bayern ausgenommen — verankert. Sinn der Fünf-Prozent-Klausel soll es sein, parlamentarische Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Weimarer Republik möglich waren, zu verhindern. Damals saßen zeitweilig über dreißig verschiedene politische Parteien im Reichstag. Das Bundesland Bayern machte die Hürde für die Parteien sogar noch höher. Sie müssen mindestens in einem Regierungsbezirk zehn Prozent der Stimmen bei einer Landtagswahl errungen haben, wenn sie in das bayerische Parlament einziehen wollen. An dieser Bestimmung scheiterte bei der letzten Wahl in Bayern die FDP, so wie sie jetzt in Niedersachsen und im Saarland ihre Sitze im Landtag einbüßte.

Die Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes wurde von 1949 an nach und nach verschärft. Im ersten Deutschen Bundestag waren noch elf Parteien vertreten. Es war nur nötig, in einem Bundesland die Fünf-Prozent-Sperre zu durchbrechen, um in den Bundestag einziehen zu können. Danach wurde durch eine Änderung des Bundeswahlgesetzes der Fünf-Prozent-Zwang im ganzen Bundesgebiet oder das Erlangen eines Direktmandates maßgebend. Seit 1956 müssen entweder fünf Prozent der Stimmen im ganzen Bundesgebiet oder drei Direktmandate von den Parteien errungen werden, wenn sie in den Bundestag einziehen wollen.

BRIEFE

Was soll eigentlich die Wehnersche Drohung mit Neuwahlen? Die jüngsten Wahlergebnisse in Hannover, Düsseldorf und Saarbrücken zeigen deutlich, daß die SPD und erst recht die FDP mit ziemlicher Sicherheit dabei auf die Nase fallen wird. Was sagt die CDU dazu?

Norma S., Hannover

Antwort: Der CDU-Vorsitzende Dr. Kiesinger hat kürzlich die Überzeugung geäußert, die SPD werde es nicht wagen, die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag zu stellen. Das würde sofort ein konstruktives Mißtrauensvotum der Opposition zur Folge haben, das sehr wohl zu einem Regierungswechsel führen könnte. Wörtlich erklärte Dr. Kiesinger: „Daß Herr Wehner mit diesem Verfahren droht, zeigt seine schwere Sorge, daß die jetzt betriebene Ost- und Deutschlandpolitik keine ausreichende Mehrheit im Bundestag finden wird, je mehr unser Volk über die Ergebnisse der Gespräche in Moskau unterrichtet und die daraus drohenden Gefahren erkennen wird.“

Ein anderer Grund für diese Ankündigung ist wahrscheinlich auch die Sorge Wehners, vor der aus den Reihen der Jungsozialisten vordringenden neomarxistischen Grundwelle, die zweifellos das Vertrauen vieler bisheriger Wähler der SPD erschüttern und diese Partei schwächen wird. Vielleicht glaubt Wehner, jetzt noch – aber nicht mehr 1973 – eine Mehrheit bei Bundestagswahlen gewinnen zu können. Die CDU ist davon überzeugt, daß in einem Wahlkampf, der der Union die Möglichkeit einer breiten und gründlichen Aufklärung unserer Bevölkerung geben würde, die SPD geschlagen würde.“

Aus den Vereinigungen

Dynamische Demokratie verwirklichen

Die Junge Union im „Jungen Land mit Zukunft“ will jünger werden. Die Delegierten des Landestages der rheinland-pfälzischen Jungen beschloss in Bad Ems mit großer Mehrheit, das Beitrittsalter zur Jungen Union auf 14 Jahre herabzusetzen.

Mit dieser Entscheidung zogen die Delegierten die Konsequenz aus der Tatsache, daß das Interesse junger Menschen an der aktiven Mitgestaltung der Politik bereits in früheren Jahren spürbar wird. Gleichzeitig beschlossen die Delegierten, daß jedes JU-Mitglied über 16 Jahre spätestens zwei Jahre nach seinem Eintritt in die Junge Union der CDU beitreten müsse. Mit dieser Entscheidung festigten die Delegierten aus Rheinland-Pfalz, die 12 500 Mitglieder vertraten, ihr

organisatorisches Verhältnis zur CDU.

Der Landestag in Bad Ems stand dem Motto nach ganz im Zeichen des CDU-Parteitages von Ludwigshafen, wo Landesvorsitzender Helmut Kohl das politische Leitbild der „dynamischen Demokratie“ entwickelt hatte. Die Junge Union unternahm die „Nagelprobe der Demokratie“, indem sie das Leitbild Helmut Kohls in die praktische Politik umzusetzen versuchte. So am Beispiel der Schul- und Hochschulpolitik, am Beispiel der Jugendlichen im Betrieb sowie am Beispiel von Sport und Freizeit.

Für die Junge Union interpretierte Landesvorstandsmitglied Kurt Lechner die dynamische Demokratie als „offen und auf Wandel angelegt“, kritisierte die „Anpassungsverspätung“ zwischen politischen Leitbildern und der Wirklichkeit und forderte als unabdingbare Voraussetzung mehr personelle Mobilität.

Rechtsbasis nicht aufgeben

Die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektorkreisverbände und die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Berlin haben im Hinblick auf die Deutschland- und Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung am 10. Juni 1970 ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen.

Sie bekennen sich zu Berlin als Hauptstadt Deutschlands wie als Land der BRD. Konkrete Vereinbarungen über Berlin dürften seine Rechtsbasis nicht beeinträchtigen und müßten seine Lage langfristig verbessern. Alle Regelungen müßten in Übereinstimmung mit dem Bund und den Schutzmächten ge-

troffen werden; vertragliche Regelungen des Bundes dürften Berlin nicht ausschließen.

Ein „2. deutscher Staat“ unter totalitärem Herrschaftssystem wird abgelehnt.

Über das endgültige Schicksal der deutschen Ostgebiete könne nur mit einer vom ganzen deutschen Volk legitimierten Vertretung bei einem Friedensvertrag verhandelt werden; das schließe Gespräche jedoch nicht aus.

Sie wehren sich gegen den Mißbrauch der Demokratie zum Zwecke der Sozialisierung unserer Gesellschaftsordnung. Es müsse dabei bleiben, daß die Gesellschaftsordnung in einem wiedervereinigten Deutschland auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechts vom ganzen deutschen Volk bestimmt werde.

Pionierarbeit im Hochschulbereich

Der Kulturpolitische Landesauschuß der CDU in Baden-Württemberg begrüßt den Abschluß der Beratungen über den Hochschulgesamtplan I im Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags von Baden-Württemberg, bei dem die Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion weitgehend berücksichtigt wurden.

Dieser Plan stellt eine Pionierarbeit für das ganze Bundesgebiet dar. Die CDU, so heißt es in einer Erklärung, sei ohne ideologische Scheuklappen für verschiedenartige Strukturen im Hochschulgesamtbereich offen; es müsse abgeklärt werden, wo welche Organisationsformen die besten Wirkungen versprechen.

Der Kulturpolitische CDU-Landesauschuß erwartet klare Bestimmungen in der Studienförderung und Studienhöchstdauer. Ferner müsse von den Universitäten verlangt werden, daß durch intensive Studienberatung bei Beginn des Studiums durch Studienverkürzungen und volle Ausschöpfung der Vorlesungsverpflichtungen der Numerus clausus abgebaut werden kann.

Hinweise und Termine

Die Zukunft mit der CDU

„Wer sich um die Demokratie Sorge macht, muß auch für die Opposition Sorge tragen.“ Unter diesem Leitgedanken ist im Econ-Verlag in Düsseldorf jetzt das erste Buch, das sich mit der CDU in der Opposition in Bonn beschäftigt, erschienen. Sein Autor, Klaus Otto Skibowski, beleuchtet den dramatischen Rollenwechsel in Bonn. Er bleibt nicht bei der Kritik stehen, sondern analysiert praktisch und nüchtern die neuen Aufgaben der Union, die letztlich darin bestehen, wieder die Regierung zu übernehmen.

Dieses Buch eines engagierten Journalisten ist ein interessanter Beitrag zur Diskussion über und in der Union.

Econ-Verlag, Düsseldorf
Klaus Otto Skibowski
Die Zukunft mit der CDU?
180 Seiten

Woche vom 21. 6. bis 27. 6. 1970

21./23. 6.	Exil – CDU	Exil-Parteitag	Berlin
22. 6.	CDU – Bund	Bundeskulturausschuß	Bonn
22./23. 6.	CDU – Bund	Landesgeschäftsführerkonferenz	Bad Zwischenahn
24. 6.	Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung Berlin	Jahreshauptversammlung	Berlin
25. 6.	LV Hamburg	Jahreshauptversammlung	Hamburg
25./27. 6.	KPV – Bund	Hauptausschuß	Berlin
26./28. 6.	RCDS – Bund	Bundesarbeitskreis „Pädagogische Hochschule“, „Europapolitik“	Hannover
27. 6.	Sozialausschüsse Bund	Bundesvorstand	Königswinter
27./28. 6.	JU – Bund	Arbeitskreis „Bildungspolitik“	Frankfurt

11. Parteitag der Exil-CDU

Die Exil-CDU veranstaltet am 22. und 23. Juni in Berlin ihren 11. Parteitag. Die Tagungsordnung sieht am 22. Juni die Wahl von Ernst Lemmer zum Ehrenvorsitzenden der Exil-CDU vor. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Gradl wird über die Deutschlandpolitik sprechen. Hauptredner einer Kundgebung sind Hans Katzer, Gerhard Stoltenberg und Peter Lorenz.

Am zweiten Tag wird nach den Berichten aus den Arbeitskreisen der frühere Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg über die Stellung der geteilten Stadt sprechen. Anschließend werden die Wahlen stattfinden.

Aus den Landesverbänden

Modell sinnvoller Raumordnung

Die CDU-Fraktion des Kieler Landtags hat jetzt den Entwurf eines neuen Landesplanungsgesetzes vorgelegt. Dieses 15-seitige Papier ist in 3 Teile und 19 Paragraphen untergliedert. Große Beachtung finden die darin enthaltenen „Kreisentwicklungspläne“, die Schleswig-Holstein als erstes Land in der Bundesrepublik entwickeln will. Sie sollen die Regionalpläne sinnvoll ergänzen und ausfüllen.

Die neu fixierten Grundsätze gehen auf Überlegungen und Arbeiten zurück, die die CDU seit Jahren zum z. Z. geltenden Landesplanungsgesetz angestellt hat.

■ Das gegenwärtige Landesplanungsgesetz soll danach durch materielle Raumordnungsbestimmungen ergänzt (§ 2 des Entwurfes) werden. Sie beinhalten praktisch ein Raumordnungsprogramm für das ganze Land. Durch die Aufnahme dieser Bestimmungen entscheidet der Landtag über die Festlegung der grundlegenden landesplanerischen Zielsetzungen.

Für eine sehr realistische Anlage spricht die Aussage, daß sich die Entwicklung des industriell-gewerblichen und des Dienstleistungsbezirks im Sinne einer zielbewußten Standortpolitik vornehmlich in Schwerpunkten entlang vorhandener oder auszubauender Verkehrsachsen vollziehen müsse. Ebenso die Forderung, daß die Räume um Hamburg sowie Lübeck, Kiel, Neumünster, Rendsburg und Flensburg so zu ordnen und zu fördern sind, daß bei einer weiteren Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten gesunde räumliche Strukturen gesichert werden.

■ Großen Wert hat die CDU-Fraktion bei der Fortentwicklung des geltenden Landesplanungsrechts darauf gelegt, daß die Forderung nach Verwirklichung der Raumordnung stärker als bisher im Gesetz verankert wird. Dies kommt insbesondere im § 4 Abs. 1 des

Entwurfs klar zum Ausdruck und findet dann in den Bestimmungen über Kreisentwicklungspläne seinen Niederschlag.

Mit diesen Kreisentwicklungsplänen soll den Kreisen die lange angestrebte Planungsstufe zwischen der regionalen Landesplanung und der gemeindlichen Bauleitplanung gegeben werden. Diese Kreisentwicklungspläne werden ein wirksames Instrument zur Verwirklichung der Raumordnungsvorstellungen im Lande sein und dafür nach Auffassung der Fraktion erhebliche kommunale Initiativen auslösen.

■ Die CDU geht davon aus, daß der Landesraumordnungsplan und die Regionalpläne vom Ministerpräsidenten festgestellt werden (§ 7 des Entwurfs). Die im Entwurf der SPD vorgesehene Beschlußfassung des Landesraumordnungsplanes als Gesetz wird von der CDU-Fraktion abgelehnt. Sie ist erstens wegen der dann mangelnden Flexibilität aller Planungen auch deswegen nicht zweckmäßig, weil sich wesentliche Teile des Landesraumordnungsplans einer gesetzlichen Feststellung entziehen.

■ Die CDU-Fraktion will außerdem das Gewicht des Landtags innerhalb des Landesplanungsrats stärken. Dabei soll die Zahl der von den Parteien in den Landesplanungsrat zu entsendenden Vertreter auf 7 erhöht werden. Zum anderen sollen diese Mitglieder auf Vorschlag der Landtagsfraktionen und nicht wie bisher der Landesparteien berufen werden.

mann in einer ersten Analyse des Wahlergebnisses. Die Wahl habe bestätigt, daß Niedersachsen auf die Wachablösung wartet. „Die CDU wird sich deshalb verstärkt der Sammlung aller nichtsozialistischen Kräfte zuwenden, die zusammen in Niedersachsen die Mehrheit haben.“ In den Städten werde die CDU ihre Arbeit intensivieren, außerdem werde sie die Gespräche mit der Jugend fortsetzen, die während des Wahlkampfes angeknüpft worden sind.

„Das Arbeitstempo im Wahlkampf wird unsere künftige Arbeit in der Partei und im Landtag bestimmen“, erklärte Hasselmann. Der Landesvorsitzende kündigte eine konstruktive, sachlich harte Opposition an.

Am 26. Juni 1970 jährt sich zum 25. Male der **Tag der Gründung der Christlich Demokratischen Union**. Aus diesem Anlaß führt der Landesvorstand der Berliner CDU eine Reihe von Veranstaltungen durch. Am 26. Juni wird im Rahmen einer Feierstunde eine Gedenktafel am Gründungshaus der CDU eingeweiht werden.

★

Die CDU-Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag wollen die Regierung aufordern, ein **Gesetz zur Neuordnung und Förderung der Erwachsenenbildung** vorzulegen. Mit diesem Gesetz soll eine maximale Breitenwirkung der Erwachsenenbildung in Stadt und Land erreicht werden.

★

Der CDU-Abgeordnete Kühnle im Landtag von Baden-Württemberg will von der Landesregierung wissen, ob ihr bekannt ist, daß **Schulbuchverlage** im Text von Lehr- und Lernmaterial **die politischen Verhältnisse in Mittel- und Ostdeutschland** gemäß

IN KÜRZE

sowjetischer Auffassung **sanktionieren wollen**. Die Landesregierung wird in diesem Zusammenhang weiter gefragt, ob sie derartigen Bestrebungen entgegenwirken wird, damit solches grundgesetzwidriges Lehrmaterial nicht an den Schulen verwandt wird.

★

An diesem Wochenende führt die CSU in Garmisch-Partenkirchen einen sogenannten **Fremdenverkehrstag der CSU** durch. Dabei werden Probleme des Fremdenverkehrs in Bayern diskutiert.

★

Die CDU-Fraktion hat im baden-württembergischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem gefordert wird, den **Pädagogischen Hochschulen** und der Berufspädagogischen Hochschule den **Rechtsstatus von Wissenschaftlichen Hochschulen** bereits zum 1. Oktober 1970 zu geben.

Die permanente Krise

Wenn der SPD/FDP-Senat der Freien Hansestadt Bremen seine Handlungsfähigkeit in Sachen Universität wiedergewinnen will, dann muß er den aus sechs Hochschullehrern, drei Assistenten und drei Studenten bestehenden Gründungsausschuß nach Hause schicken.

Eine Woche vor der ersten Lesung eines neuen, nunmehr des dritten, Gesetzentwurfs in der Bremischen Bürgerschaft zur Gründung einer Universität gewinnt diese Ansicht zunehmend an Boden, da von Tag zu Tag deutlicher wird, wie sehr der Bremer Senat dem weit links angesiedelten Gründungsausschuß nachzugeben bereit ist. Die CDU ist der Überzeugung, daß die Landesregierung umgehend einen angesehenen Hochschullehrer zum Gründungsrektor berufen muß.

In welchem Maße sich der Senat das Heft hat aus der Hand nehmen lassen, wird aus seiner Stellungnahme deutlich, die er jetzt zu dem Errichtungsgesetzentwurf abgegeben hat. Danach verzichtet er weitgehend auf die im ursprünglichen Entwurf vorgesehene Staatsaufsicht über den Gründungsausschuß und gibt diesem damit praktisch unumschränkte Macht bei der Universitätsgründung.

Eine Staatsaufsicht soll jetzt nur noch für solche Angelegenheiten gelten, „bei denen es aufgrund von Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen gegenüber dem Bund oder gegenüber anderen Ländern geboten ist“.

Strittig scheint jetzt noch allein die sogenannte Notstandsklausel zu sein. Danach können die Politiker

dem Gründungssenat bei dessen Beschlußfähigkeit oder „Beschlusunwilligkeit“ die Entscheidungskompetenzen nehmen. Danach wollen SPD und FDP dann eingreifen, wenn „Betrieb und Aufbau“ der Hochschule durch den Gründungssenat verhindert werden sollten.

Bereits im März dieses Jahres hatte es die CDU abgelehnt, die Verantwortung für die Bremer Universität mitzutragen. Damals hatte sich die Universität Göttingen geweigert, neue Professoren für den Gründungssenat zu benennen, nachdem der Killy-Ausschuß geplatzt war. Seither hat die CDU-Fraktion ihre Mitarbeit im Hochschulausschuß der Bürgerschaft eingestellt und die Landesregierung immer wieder aufgefordert, die Bremer Universität nicht zur alleinigen Sache eines linken Ausschusses zu machen, sondern die Gründung in eigener Verantwortung, die dem Senat niemand abnehmen könne, zu betreiben.

Die Errichtung einer Universität kann nur verantwortet werden, wenn an dieser die geistige Autonomie und die Pluralität der Wissenschaft voll gewährleistet sind und damit jede einseitige gesellschaftspolitische Reglementierung der Universität verhindert wird. Da der Senat offenbar nicht bereit gewesen ist, die Zusammensetzung des Gründungsausschusses zugunsten der Anzahl der habilitierten Hochschullehrer zu verändern, sondern den linken Kräften freien Lauf läßt, muß nach Ansicht der CDU der gesamte Ausschuß „in die Wüste geschickt werden“.

Dank an Hasselmann

Der Landesvorstand der CDU in Niedersachsen hat am Montag dem Landesvorsitzenden, Minister Wilfried Hasselmann, für seinen hervorragenden Einsatz im Landtagswahlkampf einmütig seinen Dank ausgesprochen. „Hasselmann“, so wurde betont, „hat einen neuen und beispielhaften Wahlkampfstil geprägt.“ Der Landesvorsitzende seinerseits dankte allen Wählern, Helfern und Politikern der CDU für ihren intensiven Einsatz, der dazu geführt habe, daß „die CDU in Niedersachsen ihr bisher bestes Wahlergebnis erreicht hat“.

„Wir sind der SPD unmittelbar auf den Fersen und können der Zukunft optimistisch und gelassen entgegensehen“, betonte Hassel-

Informationen

Herbert Wehner — Mitverlierer der drei Wahlen

Der SPD-Fraktionseinpeitscher und „Schreier vom Dienst“, Herbert Wehner, konnte, seit er sich wieder als Demokrat entdeckte, nie über seinen Schatten, nie über seinen „politischen Geburtsfehler“, springen. Nach Moskauer Sprachweise beschimpfte er am 22. März 1959 Adenauer „als Nachgeburt des Führers“.

Heute sieht seine Schimpfkanade — laut Bundestagsprotokoll vom 4. Juni dieses Jahres (an die CDU/CSU gewandt) so aus:

„Meine Damen und Herren, Sie erzeugen ein Klima — manche unter Ihnen, nicht alle, tun das sogar ganz bewußt — das Rechtsextremisten und deren Instinkte, diese geistige und schließlich auch einmal — das werden wir erleben — physische Mordlust begünstigt.“

In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 — mit der sich Bundeskanzler Brandt als „Staatsmann“ einführen wollte, hieß das noch anders: „Unser Respekt gebührt dem, was in den vergangenen Jahren geleistet worden ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat einen Weg zurückgelegt, auf den sie stolz sein kann. Niemand wird die Leistungen der letzten zwei Jahrzehnte leugnen, bezweifeln oder geringschätzen. Sie sind Geschichte geworden.“

Nicht für Herbert Wehner: „Für uns gibt es keine Gemeinschaft mit

den verlogenen Leuten in der Spitze der CDU, die die Einheit Deutschlands schon längst abgeschrieben haben.“ (22. März 1959 in Mainz).

Herbert Wehner kennt sich nicht nur im „Wörterbuch der Gasse“ aus (Bayernkurier), er ist naturgemäß der Abgeordnete des Bundestages mit den meisten Ordnungsrufen und Rügen. Dabei versicherte er noch im April dem Linkskoalition-Hofberichterstatter-Magazin „Der Spiegel“: „Ich habe mir jedes Wort genau überlegt.“

Gefährliche Nachbarschaft

Ein Teil der Berliner SPD steht bereits so weit links, daß für ihn selbst die Sozialistische Einheitspartei West-Berlin (SEW), die Ablegerin der SED, als zu gemäßigt gilt. In der letzten Ausgabe der „Berliner Blätter für Sozialdemokraten“, dem Organ der parteiinternen Opposition, wurde über den jüngsten Parteitag der SEW berichtet.

Nach einer kurzen Schilderung des Ablaufs der Veranstaltung und einer Wiedergabe der Rede des Parteichefs Danelius hieß es dann wörtlich: „Nein, Sozialisten können mit der SEW keine gemeinsame Sache machen, wenn sie ihrem Anspruch auf Veränderung der be-

Partei-Profos und SPD-Tonmeister (Spiegel vom 20. 4. 70), Herbert Wehners „genau überlegte“ Worte lauten dann so: „Schleimer“ nennt er den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, „Lümmel“ den CDU-Abgeordneten Anton Stark, Barzel-Reden sind für ihn „Schmiere“ und die Opposition eine „Madig-Macher-Union“.

Carlo Schmid (SPD) am 18. März 1961 in Rom: „Die politische, soziale und wirtschaftliche Realität in der Bundesrepublik wird sich radikal ändern, wenn die SPD bei den Bundestagswahlen gewinnen sollte.“ Wehner sorgt zugleich, daß sich auch die geistige Atmosphäre in der Bundesrepublik verändert — daß sie nämlich vergiftet wird.

Dennoch: Genau dieser Herbert Wehner sorgte durch seine Rüpeleien zusammen mit Brandt und Scheel durch ihre verfehlte Wirtschafts- und gefährliche Außenpolitik am letzten Sonntag dafür, daß diese „Änderungspolitik“ bald gestoppt wird.

stehenden Verhältnisse gerecht werden sollen. Sie würden sich nur einen Klotz ans Bein binden. Den Barzels könnte überhaupt nichts Besseres passieren.“

Unter Bezugnahme auf die Rede des SEW-Chefs hieß es dann in dem Bericht der „Berliner Blätter“ weiter: „Was Danelius der jüngeren Generation zurief, paßte mit geringen Abstrichen auch in ein Konzept der SPD.“

Zu den Herausgebern der „Berliner Blätter“ gehören u. a. der frühere Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, Falken-Ex-Chef Alfred Gleitze und die frühere Senatorin Ella Kay.

...Aufgelesen...Aufgelesen...

Über die Brüchigkeit der Koalition schreibt die „Frankfurter Neue Presse“:

„Wehners hitziges Thema der Neuwahlen schließt das Wissen um die Brüchigkeit der Koalition ein. Sie beinhaltet ferner Kritik an der Fähigkeit des Regierungschefs, Mehrheiten dauerhaft zu machen. Ein größerer Tadel ist kaum denkbar als der, daß der Kanzler die Koalition in einer Hauptfrage nicht auf einheitlichen Kurs bringen kann. In Wehners Bemerkungen steckt fürchterliche Kritik an der Bündnissubstanz zwischen SPD und FDP.

Er traut dem Zusammenhalt in einem wichtigen Augenblick nicht viel zu. Und er traut vor allem der FDP nicht die Kraft zu, die umstrittene Ostpolitik bis zum letzten Mann hin stützen und abdecken zu helfen.“

Zwei große Fehler habe die Brandtsche Linkskoalition, meint die Wochenzeitung „Die Zeit“:

„Die Regierung hat in der Tat zwei Fehler begangen. Sie hat unterschätzt, wie tief verwurzelt die Furcht vor dem Kommunismus in der Bundesrepublik ist, wo 10 Millio-

nen Menschen leben, die aus der DDR geflüchtet sind, und Millionen, die aus ihrer Heimat östlich der Oder-Neiße durch die Kommunisten vertrieben wurden. Und sie hat zum anderen nicht gewagt, ihre Politik von vornherein offen darzulegen. Von Woche zu Woche erfuhr man neue Definitionen, Auslegungen und Tatbestände. Hätte Brandt ein einziges Mal ganz klar und deutlich gesagt, welche Opfer uns abverlangt werden und welche Grundsätze er auf keinen Fall preiszugeben gedenkt, so hätte er sicher nicht die parlamentarische Opposition für sich gewonnen, aber er hätte es ihr gewiß erschwert, die Bürger kopfscheu zu machen.“

Stichwort zum Wochenende

Eine eigentümliche Rolle spielt die Linkskoalition bei der Untersuchung des Flaggenzwischenfalls von Kassel, wo während des Gesprächs zwischen Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrates der „DDR“, Stoph, drei Jugendliche eine Fahne mit dem sowjetzonalen Emblem vom Mast rissen und zerschnitten. In ungewöhnlich spektakulärer Weise beauftragte das Bundeskabinett den Bundesjustizminister Jahn, Strafantrag gegen die Täter zu stellen.

Was auf der einen Seite so dramatisch überbetont wurde, hat auf der anderen Seite offenbar wenig realen Hintergrund: Anklage kann nur wegen des Deliktes „Sachbeschädigung“ erhoben werden. Denn die einschlägigen Flaggenschutzbestimmungen des Strafgesetzbuches passen in diesem Falle nicht.

Nun wird diese Angelegenheit noch ein parlamentarisches Nachspiel haben. Dr. Werner Marx hat für die nächste Fragestunde des Bundestages von der Regierung Auskunft verlangt, wann und wie oft die Bundesregierung den Bundesjustizminister beauftragt habe, gegen solche Täter vorzugehen, die Fahnen von verbündeten und befreundeten Nationen heruntergerissen, zerrissen oder verbrannt haben.

Damit kommt die Linkskoalition in eine etwas mißliche Lage. Bisher hat man beispielsweise nichts davon vernommen, daß etwa in West-Berlin bei antiamerikanischen Demonstrationen und der Zerstörung von USA-Flaggen der Bundesjustizminister bemüht wurde.